

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erhebt wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannow 2120

Anzeigen die dreifach, Zeitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinsendung auf Postcheck Alfred Niebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Nach den Meldungen der Reichsanstalt ist die Zahl der Arbeituchenden von 4 980 000 Mitte März dieses Jahres auf 4 756 000 Ende März zurückgegangen. Davon waren 2 315 554 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung (211 000 weniger als Mitte März) und 923 359 Krisenunterstützte (26 000 weniger).

Zum gleichen Termin des Vorjahres waren vorhanden: 2 053 000 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, 294 000 in der Krisenunterstützung und 703 000 in der Wohlfahrtspflege, zusammen 3 050 000 Arbeitsuchende, das sind eine Million und 706 000 weniger als in diesem Jahre. Die festgestellte Entlastung des Arbeitsmarktes ist in erster Linie saisonmäßig bedingt. Am bedeutendsten ist die Besserung in den Bezirken Brandenburg (einschließlich Groß-Berlin), Nordmark, Niederjachsen und Südwestdeutschland, am geringsten in den Be-

zirten Ostpreußen, Westfalen und Freistaat Sachsen. Wenig erfreulich ist die Entwicklung auf dem Bau- markt. Dagegen wird eine kleine Besserung festge- stellt in der Textilindustrie, in der Bekleidungs- industrie und in der Möbelindustrie.

Für unsern Verband betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Verbandsmitglieder 47,2 Proz. gegen- über 50,3 Proz. Ende des Vormonats. Kurzarbeiter waren vorhanden 16,1 Proz. gegenüber 20,2 Proz. Ende Februar. Angesichts der langen Dauer und der Schwere der allgemeinen Wirtschaftslähmung dürfte es nicht leicht sein, mit positiver Sicherheit fest- zustellen, ob wir nunmehr das Schlimmste hinter uns haben und recht bald auf eine Gesundung rechnen können. Fest steht nur, daß es höchste Zeit ist, daß Reich, Länder und Kommunen der Arbeitsbe- schaffungsfrage größere Aufmerksamkeit zuwenden, als das bisher geschehen ist.

Sachverständigenkommission für Arbeitszeitverkürzung.

Die Brauns-Kommission, die bekanntlich aus Wissenschaftlern und Sozialpolitikern unter Aus- schaltung der Gewerkschaften und der Unternehmer gebildet worden ist und das Gesamtproblem der Arbeitslosigkeit zu beraten hat, stellt sich in ihrem lauten veröffentlichten ersten Gutachten grundsätzlich auf den Boden der Arbeitszeitverkürzung. Die Kom- mission schlägt einstimmig vor, der Reichsregierung für einzelne Gewerbegebiete oder Berufe nach Be- nehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchst- dauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Die Ermächtigung soll nur für die Betriebe mit minde- stens zehn Arbeitnehmern gelten. Die gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz wird damit abgelehnt. Die Entscheidung soll ganz und gar in der Hand der Reichsregierung liegen, die ähnlich wie auf lohnpolitischem Gebiet das Recht zu autonomer Festsetzung kürzerer Arbeitszeiten erhält. Es wird sich jetzt zeigen, ob die Reichsregierung bereit ist, endlich aktiv in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzugehen, nachdem die von Gewerkschaftsvertretern sorgsam freigehaltene Kommission sich in so weitem Umfang die Forderung der Gewerkschaften zu eigen gemacht hat.

Um die Ueberschreitung der verkürzten Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verhindern, schlägt die Kom- mission weiter vor, auch diejenige Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit genehmigungspflichtig zu machen, die auf Grund tariflicher Vereinbarung erfolgte. Die Mindeststrafe für vorläufige Ueber- schreitung der Bestimmungen soll auf 50 M. er- höht werden. Vor allem aber soll in der Arbeitszeit- ordnung die Abdingbarkeit des 25prozentigen Mehrarbeitszuschlags beseitigt werden. Der Zuschlag für Mehrarbeit soll mindestens 25 Proz. betragen, womit die deutsche Regelung mit dem Text des Washingtoner Uebereinkommens in Einklang ge- bracht wäre. Eine besondere Note empfängt dieser Teil des Vorschlags dadurch, daß der Ueberstunden- zuschlag nicht dem Arbeitnehmer zuzurechnen, sondern an die Arbeitslosenversicherung abgeführt werden soll. Dadurch soll offenbar das Interesse auch des Arbeitnehmers an Ueberstundenarbeit verringert und zugleich eine neue Einnahmequelle für die Arbeits- losenversicherung erschlossen werden.

Der Kommissionsvorschlag sagt kein Wort über einen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung, ob- wohl eine positive Stellungnahme dazu gerade im Zusammenhang mit dem zuletzt erwähnten Punkt —

Ausführung des Ueberstundenzuschlags an die Ar- beitslosenversicherung — sehr nahe gelegen hätte. Hier wird die Kritik der Gewerkschaften in erster Linie einzusehen haben.

Nicht recht verständlich ist, warum die Kommission auch bei den Verwaltungsmaßnahmen, die sie neben dem Gelektentwurf zum Zwecke der Arbeitszeitver- kürzung vorschlägt, so überaus vorsichtig gewesen ist. Sie fordert, daß in den Betrieben und Verwaltungen der öffentlichen Hand und in den Unternehmungen, bei denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist, „lange“ Arbeitszeiten und Ueberarbeit, „soweit irgendwie entbehrlich“, zu beseitigen sind. Weshalb diese Kaufkraftformulierung? Was ist „lange Ar- beitszeit“? Welche Ueberarbeit ist heute nicht bei der öffentlichen Hand „irgendwie entbehrlich“? Wichtig ist der Vorschlag, daß die öffentliche Hand bei Er- teilung von Aufträgen vertraglich die Vermeidung von „langen“ Arbeitszeiten und von Ueberarbeit bei Ausführung der Aufträge sicherstellen muß. Daß die Schlichtungsbehörden auf die Verkürzung der Ar- beitszeit einwirken sollen, wird solange ein frommer Wunsch bleiben, wie die gegenwärtige Haltung der Schlichtungsbehörden anhält, da man ja nicht gut gleichzeitig Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung verfolgen kann.

Der Kampf um die „Brühe“.

Der große Schweizerische Schriftsteller, Meister der deutschen Prosa, Gottfried Keller, gibt in seiner Erzählung „Pantraz, der Schmolzer“, eine köstliche Schilderung des Kampfes der Tischgenossen um ihren Anteil am Mittagessen. „Die Mutter kostete jeden Tag einen dicken Kartoffelbrei, über welchen sie eine fetter Brühe oder eine Brühe aus schöner brauner Butter goß. Diesen Kartoffelbrei aßen alle zusammen aus der Schüssel mit ihrem Blechlöffel, indem jeder für sich eine Vertiefung in das fette Kartoffelgebirge hin- eingrub.“ Dann schildert der Dichter, auf welche Weise das eine Kind suchte, sobald seine Quellen ver- siegt waren, „durch allerhand künstliche Stollen und Abzugsgräben die wohlschmeckenden Bäcklein auf seine Seite zu leiten, und wie sehr sich auch der Bruder dem widersetzte und ebenso künstliche Dämme auf- baute und überall verstopfte, wo sich ein verdächtiges Loch zeigen wollte, so wußte das Kind doch immer wieder eine geheime Ader des Breies zu eröffnen oder langte kurzweg in offenem Friedensbruch mit seinem Löffel in des Bruders gestülpte Grube.“ Das Bild wird bei Gottfried Keller abgerundet durch die Schilderung der segensreichen Tätigkeit der gütigen

Mutter, die „die Schüssel zur Seite neigte und ihre eigene Brühe voll in das Labyrinth der Kanäle und Dämme ihrer Kinder strömen ließ.“

Das Familienbild in Gottfried Kellers Erzählung veranschaulicht uns eine weniger idyllische Tatsache, die des Klassenkampfes um den Produktionssertrag. Harte Kämpfe um den Anteil an der Brühe ausgefochten. Die Hausgenossen sind die Klassen, die im kapitalistischen Produktionsprozeß aufeinander angewiesen, einen erbitterten Kampf um die Verteilung des Produktionsertrages führen. Die Mutter, das ist der Staat, gebärdet sich in Wirklichkeit aller- dings nicht so wie die Mutter bei Gottfried Keller, die ihren eigenen Anteil in die Kanäle und Dämme ihrer Kinder fließen läßt. Vielmehr ist Mutter Staat gezwungen, um sich selbst zu erhalten, noch Teile aus der Brühe ihrer Kinder an sich zu leiten. Es ist eben die Frage, welche unter ihren Kindern die zu ihrer Ernährung nötigen Mengen hergeben sollen, welche Kinder sie mehr und welche sie weniger zu diesem Zwecke besteuert. Mutter Staat kann aber dank ihrer großen Macht auch darauf Einfluß nehmen, auf welche Weise sich die Kinder in die Brühe teilen, und da ergibt sich, daß sie keineswegs für die gerechte Ver- teilung des Borrats besorgt ist. Vielmehr ist er, der kapitalistische Staat, eine Stiefmutter für jene Klasse, deren Hände Arbeit den Lebensunterhalt schafft. Während diese mit dem Kartoffelbrei abgepeist wird, ist der Staat bemüht, die „letzte Milch“ oder die „Brühe von schöner brauner Butter“ seinen Lieblingkindern, die er als die eigenen Kinder betrachtet, anzuschleusen.

Gegen diese Ungerechtigkeit der Verteilung richtet sich der Klassenkampf der Arbeiterklasse, für die Auf- rechterhaltung, ja Verschärfung der ungerechten Ver- teilung der Klassenkampf der Unternehmer. Solange nur die Menge des Kartoffelbreies, mit der fetten Milch und der braunen Butter darauf, ansteigt, können trotz der ungerechten Verteilung sämtliche Hausgenossen ihren Hunger stillen. Heute ist die Lage anders. In der großen Wirtschaftskrise schrumpfte die Produktion zusammen. Es steht viel weniger Kartoffelbrei mit Milch und Butter zur Ver- fügung, wenn auch alles, was zur Produktion nötig ist, Rohstoffe, Brennmaterial, Arbeitskraft in Hülle und Fülle vorhanden sind, und es liegt nur an dem schweren Fehler der wirtschaftlichen Organisation, daß diese Elemente der Produktion nicht zusammenge- bracht werden können, daß das Feuer am Herd er- loschen ist. Je geringer die Menge, die aufgeteilt werden kann, um so erbitterter ist der Kampf um den Anteil, um so größer die Gefahr, daß, während die einen ihren früheren Lebensstandard aufrecht- erhalten, ja noch verbessern, andere Not und Hunger leiden.

Jedoch geht die Sache noch weiter. Es kommt nämlich nicht nur darauf an, daß die vorhandenen Teile des Produktionsertrages in gerechter Weise verteilt werden. Im Wirtschaftsprozeß muß das Sozialprodukt stets erneuert, die verbrauchten Güter müssen reproduziert werden. Die Reproduktion läßt auf einer erweiterten Stufenleiter erfolgen, wenn die Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechend der Zu- nahme der Bevölkerungszahl und der erweiterten Lebensansprüche befriedigt werden sollen. Wollen wir das für die gegenwärtige Zeit von größter Be- deutung, da heute, in der Krise, wie erwähnt wurde, der Produktionssertrag stark zusammenschrumpfte und die Ausdehnung der Produktion eine unabwendbare Notwendigkeit ist, damit die unermessbaren Roh- stoffe und die mühsigen Arbeitskräfte wieder Ver- wendung finden, der Lebensstandard wieder an- steigen soll. Die Erreichung dieses Zieles hängt aber in entscheidender Weise davon ab, auf welche Weise der Produktionssertrag der Volkswirtschaft unter den um ihren Anteil kämpfenden Hausgenossen aufgeteilt wird.

Wie stellt sich da die Lage heute dar? Je mehr die Krise fortschreitet, um so mehr werden durch allerhand „künstliche Stollen und Abzugsgräben“ die möglichstenden Schäden auf die Seite der benachteiligten Klassen gelenkt. In dieser Zeit ist die von der gewaltigen Arbeitslosigkeit behingelte Arbeiterklasse nicht stark genug, die Ableitung ihrer Substanz mittel in die Gruppen der anderen Klassen zu verhindern, zumal ihre politische Macht durch die unheilvolle Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse, die Erstarrung des Faschismus, der größten Stütze der Unternehmer, außerordentlich geschwächt wurde. Auch der Staat leiht seine Kräfte diesen Klassen. Durch Abbau der Sozialpolitik wird ein Teil des Sozialproduktes, der bisher der Arbeiterklasse gehörte und auf den sie in der Krise mehr als je angewiesen ist, der Unternehmertum zugewendet. Einen anderen Teil erhalten sie durch die gewaltige Steigerung der Zölle, die in letzter Zeit vornehmlich der Landwirtschaft zugelandet wurden. Waren diese Zölle anfanglich nicht zu vermeiden, wenn der infolge der Weltagrarkrise zusammengebrochene Anteil der Landwirtschaft an dem Sozialprodukt erhalten werden sollte, so drohen sie durch ihre andauernde Steigerung damit, daß die Landwirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse aufgelöst wird, während die Not der letzteren weiter ansteigt. Der Monopolkapitalismus zieht seinerseits durch „künstliche Stollen und Abzugsgräben“ große Teile des Volkseinkommens an sich. Auch das verdrängt er der Mutter Staat, die durch Zölle die Aufzucht von Monopolen ermöglicht und jetzt keinen Mut und keine Lust zeigt, die Mißbräuche des vermögenden Kindes zu belegen.

Was ist aber die Folge dieser für die Arbeiterklasse so ungünstigen und für die anderen zunächst noch vorteilhaften Verteilung des Sozialproduktes, wenn man diese vom Gesichtspunkt der erforderlichen Reproduktion aus erweiterter Stufenleiter prüft? Die steigende Ungerechtigkeit der Verteilung könnte vielleicht hingenommen werden, wenn sie Gewähr, ja nur einige Wahrscheinlichkeit dafür böte, daß als Folge dieser Verteilung die Produktion wieder ansteigt, damit die Menge jener Güter, die in der nächsten Wirtschaftsperiode verteilt werden kann, wächst, die unbeschäftigten Arbeitshände wieder Beschäftigung finden. So wie die Dinge liegen, gibt es aber nicht die geringste Gewähr dafür, im Gegenteil besteht die Gefahr, daß diese ungerechte Verteilung des Sozialproduktes den Wiederaufstieg der Produktion aus schärfste gefährdet.

Um bei dem vom Schweizer Dichter entliehenen Bild zu verweilen, bleibt der Bruder, von dem die Milch und die Butter mit künstlichen Mitteln abgezogen wird, d. i. die Arbeiterklasse, unterernährt, je länger die Krise andauert um so mehr. Die monopolistischen Industrien haben vor Beginn der Krise durch Ablenkung der „Milch- und Butterströme“ auf ihrer Seite Fettpoller angelegt und wollen den anderen Hausgenossen nichts abgeben. Die Landwirte

wären zunächst ebenso wie die Arbeiterklasse unterernährt. Ihnen wird jedoch allmählich so viel „Milch und Butter“ zugeleitet, daß sie trotz Verminderung des Preises, der Butter und der Milch, auf Kosten anderer Gruppen Fett ansetzen können.

Die Bedingungen des Anstiegs der Produktion werden jedoch durch diese Ueberleitungen und Verschiebungen von Einkommensströmen aus ungünstigste beeinflusst. Wenn Teile des Wirtschaftskörpers zu fett geworden und andere abgemagert sind, so muß das letzte Endes beiden Teilen schaden, ist auch zunächst der eine Teil der lachende und der andere der weinende. Die, welche Fettpoller ansetzen und nichts davon abgeben wollen, müssen eines Tages gewahr werden, daß ihre Arbeitskräfte ebenso nachlassen wie die Kräfte der Abgemagerten. Da sie keine Gelegenheit zur Beseitigung ihrer Kräfte haben, müssen diese allmählich verfallen. Die Grundlagen ihrer Kräfte, die gewaltigen Anlagen, müssen verrotten, die an Umfang und Leistungsfähigkeit gewaltig erweiterten Produktionsmittel werden zum alten Eisen. Dieses Schicksal droht dem aufgeblähten Monopolkapital, ein gewaltiger Entwertungsprozeß, bei dem es letzten Endes große Verluste erleiden muß. Auch der Landwirtschaft wird die durch enorme Zölle zugeleitete Kräfte auf die Dauer nicht wohl bekommen. Wird ihr mühselos der Lebensunterhalt gesichert, so ist es zu befürchten, daß sie sich auf das Faubert legt, obwohl es angesichts der Weltagrarkrise darauf ankommt, daß sie alle ihre Kräfte für die unvermeidliche Umstellung ihrer Produktion sammelt. Auf der anderen Seite kann die Hungerkur, die der Arbeiterschaft auferlegt wurde, die Auslichter des Wiederaufstiegs sehr ungünstig beeinflussen, da ihr Kräfteverfall dem Konjunkturaufrüstet, statt diesem neue Antriebe zu geben, durch die verminderte Leistungsfähigkeit dieses größten Teils der Bevölkerung im Wege steht. So wäre eine radikale Umkehr in der Wirtschaftspolitik erforderlich, wenn die Krise überwunden werden, die Produktion wieder ansteigen soll. Kapitalistisches Profitstreben verhindert jedoch den Sieg der volkswirtschaftlichen Vernunft. Privatwirtschaftliche Gemeinnutz und volkswirtschaftliche Notwendigkeit stoßen auseinander. Die kapitalistischen Schichten, die den Kartoffelbrei, die Milch und die Butter von den anderen in die eigene Grube ablassen, verschütten die Gruben der Volkswirtschaft, untergraben ihren Wiederaufstieg!

Besserung der Berufslage der Postler.

Diese ersteilige Mitteilung kommt uns leider nicht aus einer Verwaltungsstelle unseres Verbandes, sondern wir finden sie in der „New-Yorker Volkszeitung“. In einer Verammlung des Verbandes der Postler, Tapezierer, Leppich- und Violonceller, die vor mehreren Wochen stattfand, berichtete der Verbandspräsident Kollege Wm. Kohn, daß eine kleine Besserung der Berufslage eingetreten sei, und

knüpfte daran die Hoffnung, daß sich die Zustände im Bezug, die auch in Amerika seit einem Jahre außerordentlich schlecht waren, von nun an ständig heben mögen. Die Wirtschaftskrise habe viele Arbeiter zu der Ueberzeugung gebracht, daß sie doch die Organisation brauchen. Ganz besonders trat dies in Pittsburgh zutage, wo sich in einer Verammlung über 50 Kollegen zur Mitgliedschaft anmeldeben.

Fortschritte der Organisationskampagne werden auch aus Chicago, Cleveland, Washington und Philadelphia gemeldet. In New York stand ein Teil der Kollegen im Kampf um die Erzeugnisse der Union gegenüber dem Teil der Arbeitgeber, der sich weigert, die Unionsbedingungen einzuhalten.

Wünschenswert scheint es uns, daß die Wirtschaftslage auch bei uns in Deutschland recht bald wieder besser wird.

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Im letzten Vierteljahresbericht des Deutschen Konjunkturforschungsinstituts (S. Heft 4) findet sich eine Aufstellung, die die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den verschiedenen Ländern wiedergibt. Zugrunde gelegt wurden dieier Aufstellung die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und ein weiterer Ausgabenposten, der den sonstigen Bedarf wiedergeben soll. Am stärksten haben sich in allen Ländern die Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel gehoben, im Durchschnitt der wichtigeren Länder etwa um 10 Proz. Besonders groß war die Senkung der Ernährungsstoffen in den überwiegend agrarischen Ländern, so in Ungarn und Finnland um 7,0 Proz., in Kanada um 14,3, in Polen um 13,9, in U.S.A. um 13,2 Proz. Ähnlich hohe Rückgänge weisen aber auch Großbritannien (— 12,1 Proz.) und Deutschland (— 11,4 Proz.) auf. Für Italien ergeben sich mit 6,1 Proz. für die Schweiz mit 5,1 Proz. und das Saargebiet mit 4,7 Proz. geringere Senkungen der Ernährungsstoffen. Allgemein ist für die meisten Länder gegenüber dem Höchststand der Lebenshaltungskosten, der in der Regel 1928/29 erreicht wurde, ein Abfallen der Lebenshaltungskosten festzustellen, namentlich im Verlauf des letzten Wirtschaftsjahres 1930. So sank der Lebenshaltungsindex = 100, so nähert sich der gegenwärtige Index in einzelnen Ländern, wie Oesterreich (106), Tschechoslowakei (100,5) und Britisch-Indien (122), dem Vorkriegsstand, bleibt sogar in Ungarn seit Januar 1931 mit 99 um einen Punkt hinter dem Vorkriegsindex zurück. In Deutschland fiel der Lebenshaltungsindex von Januar 1930 bis Januar 1931 von 151,6 auf 140,4, in Großbritannien von 166 auf 153, in Belgien von 226 auf 221, in Dänemark von 170 auf 162, in Holland von 187 auf 157, in Norwegen von 178 auf 171, in Schweden von 167 auf 161, in Oesterreich von 118 auf

Wirtschaft und Kultur.

Du.

Nicht Neben bringt vorwärts, sondern Handeln. Doch auch das Handeln, auch die Tat steht in uns etwas voraus. Daß wir zu ihr stehen mit unserem ganzen Menschen. Daß wir uns einsetzen für unsere Idee, wo es auch sei.

Nur eine Masse von Störten hat Siegestraße. Nur wenn jeder einzelne sich ganz anstrengt mit ganzer Kraft, bricht unter der Wucht der Masse das Alte.

Masse? Das bist du und du und du. Und nur wenn du und du und du, nur wenn wir alle folgen, freie, überzeugte Kämpfer sind, ist Masse siegend.

Du, nicht vom Standpunkt des Individualismus der Jahrhunderte. Der kannte das Individuum nur. Den einzelnen, losgelöst von dem Ganzen. Dem war das Individuum Selbstzweck, und Egoismus war die letzte Konsequenz.

Jetzt aber soll das Du neu werden. Jetzt soll wogend das Herz sein, daß es wogend ströme ins Brüderleben. Jetzt soll der einzelne darin groß sein, daß er für einen gemeinsamen Gedanken kämpft.

Das ist das neue Bild, das um so größer ist, je mehr der Mensch handelt umspant.

Wie klein, an den Sieg zu glauben, weil andere kämpfen! Das ist die Hoffnung der Schwäche, die niemals mit jedem Glückesgefühl erfüllt kann.

Nur aus eigener Tat kann Erleben wachsen. Nur wenn das Glück aus einer ringenden Seele quillt, erfährt es uns ganz, bis in die feinsten Fasern des Herzens, bis in die feinsten Regungen unserer Persönlichkeit.

Die Freiheit kommt, wenn Tausende von starken, lebenswärmern Vulten sie erschaffen. Dann, wenn die Zuversicht von ganzen Kämpfern sie erringt.

Dann nur sind Menschen groß, wenn sie am unverfälschten die Welt umfassen, sie zu erleben und kämpfend vorwärts zu bringen zu neuem Glück.

Klassenkampf ist Schöpferfreude.

Nur dann kann Neues und Besseres werden, wenn der Mensch das Alte als Schlechtes erkennt und bekämpft. „Wie soll die Liebe zum Guten zuhören“, fragt Hebbel, „wenn nicht im Haß gegen das Schlechte?“ Der Haß gegen das Schlechte ist eine sittliche Pflicht, die der Mensch zum Neuen hat. Und darum heißt es, das Leben mit offenen Augen betrachten und das Uebel fassen, wo es sich zeigt.

Und es zeigt sich gerade heute in solcher Fülle, in solcher Rohheit und Grausamkeit. Ueber Belchen geht diese Wirtschaftsordnung des Kapitalismus. Wieviel ist da im edlen Sinne Hebbels zu hoffen!

Es ist kaum begreiflich, daß es dennoch schaffende Menschen gibt, die diese soziale Rohheit des Lebens um eigenen Liebe veripären, täglich, und doch nicht die Spur dieses sittlichen Hasses gegen das Schlechte veripären. Da kann auch keine Liebe zum Guten, zum großen Neuen sein.

Dennoch sind sie alle berufen, teilzunehmen an dem großen Befreiungskampfe des schaffenden Volkes. Die Augen für das Schlechte öffnen, zum bewußten Erlebnis der Not und zum klaren Erkennen des eigenen Leides! Das ist die Voraussetzung zur Gestaltung des neuen, besseren Seins.

Wer den Klassenkampf nur als zersetzend betrachtet, der sieht ihn in seiner letzten Bedeutung nicht. So wie sich nur im Haß gegen das Schlechte nach Hebbels Wort die Liebe zum Guten zuhören kann, so können auch nur aus dem bewußten Klassenkampf die Schöpferfreude wachsen, die zum Bestehen des Neuen imstande sind.

Nur wer in der Tiefe seiner Seele ausgerüstet wird von dem Unrecht, legt in sich den Keim für das Neue frei. Nur wenn es im Menschen lodert, kann sein Herz glühen. Nur der, den das Leben so ganz erfährt, bietet ihm auch ganz die Stirn.

Daß die Bewegungen der Schaffenden den Klassenkampf von vornherein als Weg zum Ziel gewislen, das gab ihr die wühlende Kraft. Das weckte in ihr die Redenschöpfung, von Grund auf Neues zu ver-

langen und zu suchen nach völlig neuen Sinnen des Zusammenlebens.

Es mag greulich klingen und manchem ungemütlich sein: nur im bewußten Kampfe der Klasse ruhen die Schöpferfreude des Neuen. Nur wer erachtet ist zum Erleben seiner Klasse, trägt die Freiheit einer neuen Welt.

Der Mensch und sein Schicksal.

Nach will dem Schicksal in den Naden großen Beethoven.

In furchtbarer Weise litt er unter dem Schicksal. Die Muten liebten ihn. Vom Leben aber, diesem auf so ganz anderes als Kunst und Kultur eingestellten Leben, wurde er gequält. Doch fand es ihn kein? Trügte er sich als Schwächling? In den Naden will ich dir greifen! Das war seine Antwort an das Schicksal.

Und er griff ihm in den Naden, indem er schaffte und schaffte und schaffte — trotz alledem.

Er, dieser Künstler, ist mit seinem Lose kein einziger. Tausende, Millionen wurden gequält, werden gequält. Große Massen leiden unter dem Schicksal einer menschenfeindlichen Ordnung, in der nur ein Best- und Bestwundende bestimmend ist.

Laßt uns dem Schicksal in den Naden greifen! Und laßt uns schaffen und formen und bilden und kämpfen, wie er es getan!

Was nützt alles Klagen? Was nützt nur Klagen? Was nützt alle Negation, wie sie gerade in Notzeiten überall zu finden ist?

Schöpferisch gilt es zu sein! Nur in der schöpferischen Tat find wir flüchtig!

Nicht das Leben allein, das wir bezwingen, müß neu gestaltet. Wir selber auch wachsen. Die positive Gestaltung für den Gemeinschaftsgedanken bewahrt. Sie ist das kostbarste Bruderempfinden. Sie läßt die Kraft fühlen. Sie gibt Glauben. Sie schenkt uns etwas vom Sieg.

Der Mensch steht doch höher als das Schicksal! Aber nur, wenn er will!
Dr. Gustav Hoffmann.

106, in der Elchehoffmakiel von 106 auf 100,5, in Kanada von 161 auf 151, in den Vereinigten Staaten von 171 auf 167 (Juni 1930). Allein in Frankreich, Italien und Spanien ist ein Ansteigen der Lebenshaltungskosten festzustellen, so in Frankreich von 565 auf 697, in Italien von 495 auf 497 und in Spanien von 182 auf 204. Doch dürfte die Wirtschaftskrise auch in diesen Ländern, wie es in Italien bereits in den letzten Monaten beobachtet werden konnte, ein Absinken der Lebenshaltungskosten bewirken.

Der römische Gedanke in Deutschland?

Der Faschismus will uns mit römischen Gedanken beglücken. Doch das sind Gedanken, die unserem Volkstum zuwider sind. Allerdings spricht man ja gern von germanischem Wesen, aber wohl ein Germane je bereit gewesen, sich zu ducken vor einem Diktator? Der Freiheitsgeist des Germanen war schon den alten Römern bekannt.

Es ist schon einmal in der Geschichte gewesen, daß unser Volkstum von Rom her Schaden in seinem Wesen erlitten hat. Das war zu der Zeit, als das römische Recht in Deutschland eingebracht war und damit nützliche Zweckmäßigkeit über die Menschlichkeit siegte und die Sache höher stand als der Mensch.

Im Wesen war es das gleiche wie heute: ein Machtgedanke, der da auftrat gegen die Idee der Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit. Damals war es die Macht der Sache, des Wertes, des Besizes. Heute ist es die Macht des Diktators, die da in gleicher Weise die Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschlichkeit mit Füßen treten will.

Wäre einst die Möglichkeit gewesen, durch eine organisierte Masse den römischen Gedanken zurückzuhalten, das soziale Leben hätte eine andere Entwicklung genommen und würde heute menschlicher sein. Was damals fehlte, das ist heute vorhanden: die Masse, die die neue römische Gefahr erkennt und bekämpft.

Krach im Hause Hitler.

Mit dem 14. September 1930 hat die nationalsozialistische Bewegung einen bedeutenden Aufstieg genommen. Die allgemeine wirtschaftliche Not und eine maglos niedrige Höhe gegen die sozialistische Arbeiterbewegung brachten es mit sich, daß diese Partei, die vorher nur über 12 Abgeordnete verfügte, auf 107 Vertreter im Deutschen Reichstag anstchwoll. Dieser Aufstieg stellte für die bürgerlich-kapitalistische Reaktion eine nicht zu unterschätzende Verstärkung dar. In Thüringen war bereits früher ein Ministerium mit dem Reichsführer Dr. Frick gebildet worden, in Braunschweig führte der Wahlausfall ebenfalls zu einer Koalition mit dem bekannten Brannen als Justizminister.

Auch für das Reich meldeten die Nationalsozialisten ihre Forderungen an. Während Adolf Hitler, noch unter dem Eindruck des ihm so unerwartet gesonnenen Wahlerfolges, radikale Reden hielt, stellte in Berlin Herr Dr. Goebbels, einer der einflussreichsten Reichsführer, die Regierungsansprüche seiner Partei auf. Reichsinnenministerium, Reichswehrministerium, preussisches Innenministerium und das Deutsche Reichspräsidentium erschienen ihm vorläufig als das mindeste an Einfluß, das die Nazis zu beanspruchen hatten.

In den bürgerlichen Parteien wurden diese Machtansprüche mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Man hatte zum Teil Angst davor, die Nationalsozialisten würden ernstlich dazu übergehen, die Erfüllung der im Wahlkampf gegebenen Versprechungen zu verlangen. So schrieb nach der Reichstagswahl die „Nationalliberale Korrespondenz“, der offizielle Pressedienst der Deutschen Volkspartei:

„Die Nationalsozialisten haben versucht, im Wahlkampf ihre Gegner von der Sozialdemokratie und von den Kommunisten durch sozialpolitischen Radikalismus noch zu übertrumpfen. Wenn die Nationalsozialisten in irgendeiner Form zur Mitwirkung an der Regierung herangezogen werden sollten, so müßten sie versuchen, wenigstens einen Teil dieser Versprechungen einzulösen. Das würde für die deutsche Wirtschaft eine sehr kostspielige Sache werden und allen Reformversuchen, die das Kabinett bislang vertreten hat, stracks ins Gesicht schlagen. Es mag richtig sein, daß auch die Nationalsozialisten Gelegenheiten erhalten müssen, sich die Dörner abzulassen. Die gegenwärtige Situation ist aber für solche Experimente nicht geschaffen.“

Zwischen hat Herr Adolf Hitler alles getan, um auch noch die letzten Bedenken der Reaktion gegen seine Regierungsfähigkeit hinwegzuräumen. Er, der bislang lediglich den Kampf gegen den Kapitalismus gepredigt hat, begann sich bei der Industrie und bei dem Bankkapital anzubiedern. Mit Stenunen und wachsendem Mißtrauen sahen viele von Hitlers Vertrauten, wie sich ihr Abgott der braunen Jacke entledigte, in einen schweifigen Strich, nach der neuen Mode angefertigt, warf, um bei den Berliner

Bank- und Börsenfürsten zu tafeln und ihnen zwischen Fisch und Braten kargzulegen, daß seine Partei mit Sozialismus nichts zu tun hat. Seine Verehrer sahen Herrn Hitler in Dortmund den Vertreter der westfälischen Großindustrie keine Aufwartung machen, sie sahen ihn im „Nationalklub“ in Hamburg, der feudalen Vereinigung der Hamburger Großunternehmer, sie sahen ihn auch an anderen Orten im Kreise erprobter Reaktionäre und Scharfmacher, immer bemüht, das Vertrauen der Herren zu erzingen und ihnen kargzulegen, daß er und seine Partei im gegebenen Fall auf ihrer Seite und nicht auf der Seite der Arbeiter stehen würden. Immer mehr betätigt sich für den aufmerksamen Beobachter, daß die Nazis eine Hülfsgruppe der Unternehmer bilden, deren politische Aufgabe darin besteht, die Massen der Arbeiter zu verwirren, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu schwächen und ihre Aktionsfähigkeit zu hemmen. Wie Hitler wirklich über die Arbeiter denkt, zeigen seine Ausführungen über seine Stellung zu „Wirtschaft“.

„Sehen Sie, die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Speise, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale und wir werden nie damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschaft, die nicht wie Sie von irgendeiner Mittelsmoral getrieben wird. Sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrechterhält und sichert.“

„Sehen Sie, der Besitzer einer Fabrik ist doch von der Arbeitskraft und dem Arbeitswillen seiner Arbeiter abhängig; wenn die streiken, dann ist sein sogenannter Reichtum völlig wertlos. Außerdem aber, mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung? Würden Sie es sich gefallen lassen, wenn plötzlich Ihre Stenotypistinnen Ihnen dreinreden würden? Der Ulniernehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das wichtigste. Sie haben sich auf Grund ihrer Fähigkeit an die Spitze gearbeitet, und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Klasse beweist, haben sie ein Recht, zu führen. Sie wollen nun einen unfähigen Regierungsrat oder einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden lassen; das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.“

Das waren ganz andere Töne als man den Anhängern während der Wahlen vorgepiegelt hatte, und das Resultat dieser Wandlung war, daß der Teil der Hitler-Anhänger, der das Wort von der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ ernst genommen hatte, begann mißtraulich zu werden. Dazu kommt noch, daß die Nazis besonders den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einer Riesenhege gegen die angebliche Völkerverwundung bestritten haben. Dabei hat keine Partei in so kurzer Zeit einen so gewaltigen Schwung in „Parteiübungen“ infalliert wie die Nationalsozialisten. Hochherrschaftliche Wohnungen, ausstaffiert mit allem Komfort der Neuzeit, teure Luxusautos und große Gehälter stehen den Reichsführern zur Verfügung.

Das Resultat aller dieser Vorgänge war, daß jene Teile des indifferenten Bürgertums, die stimmungsmäßig von der Hitler-Partei mitgerissen wurden, anfangen, abtrünnig zu werden. Sie hatten erwartet und gehofft, daß nunmehr Schlag auf Schlag etwas geschehen wird, und nun war vieles so anders gekommen. Am 1. April nahm der Thüringische Landtag mit 29 gegen 22 Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen Dr. Frick an und der Herr Minister mußte gehen. Er ist nicht arbeitslos geworden, denn er war so geschäftsgewandt, sich neben seiner Ministerposition in Bayern einen sehr hoch bezahlten Beamtenposten vertraglich zu sichern. Dieser Sturz Fricks hat der Partei Hitlers einen schweren Schlag verfehlt. Vor allem sind nunmehr die inneren Differenzen, die schon lange unter der Oberfläche schwelten, offen entbrannt.

Besonders in Berlin, wo schon immer Differenzen drohten, ist die offene Rebellion ausgebrochen. Hitler hat den Hauptmann Stennes, Führer der Berliner SA, abgesetzt. Der geistige Kampf gegen Stennes und seine Anhänger wurde aufgenommen. Stennes wurde als Bollweib angegriffen. Durch eine einseitige Verfügung sehen sich seine Gegner gezwungen, diese Verdrähtungen zu unterlassen. Auch sonst geht es recht lebhaft zu. In einem Artikel im „Völkischen Beobachter“ bezeichnet Adolf Hitler seine Gegner als: „Rebellen, Treubrügliche, Offiziersmeuterei, Saboteure, Defektoren, Gefindel, fortgelaufene Verbreiter, Narren, Verbrecher, Vespitzel, Flunkerer, Schwindler, infame Vögner, Rebellenklinge, verantwortungslose Elemente“. Man sieht, die ganze Rüstarmee geistiger Waffen der Nationalsozialisten steht dem Häuptling dieser Partei zur Verfügung.

Herr Hauptmann Stennes kündigt an, daß er gewillt ist, die Hintergründe der „Stennes-Rebellion“ vor der Parteigenossenschaft und dem deutschen

Volk kargzulegen. Herr Stennes sagt in einer Erklärung u. a.: „Die Ursache der Auseinandersetzungen ist vor allem in der Ungleichheit der soldatischen und proletarischen Elemente der Partei in der Umgebung Hitlers zu suchen, die meist aus unfähigen Leuten besteht. Kleine, unbedeutende Leute können heute in München in der Umgebung Adolf Hitlers auch die wichtigsten Dinge entscheidend beeinflussen. Ebenso schwankend ist das Verhalten auf kulturpolitischem Gebiet. Einer der führenden Köpfe schreibt ein Buch, das vielfach den Parteigrundlagen nicht entspricht, trotzdem es mit Billigung Adolf Hitlers erscheint. Als man zu spät das angerichtete Unheil erkennt, wird das Buch offiziell perleugnet und ein Universitätsprofessor muß versuchen, den Schaden wieder gutzumachen.“

Betrug ist es, wenn München vor einigen Wochen den Entwurf eines Wirtschaftsprogramms herausbrachte, den man bis heute wohlweislich der Parteigenossenschaft vorenthalten hat, weil das Programm für die deutsche Arbeiterklasse, für die Lösung der sozialen Frage, weniger enthielt, als etwa das Programm der Staatspartei.

Selbst der kurgelichtigste liberalistische Ulniernehmer wird zugestehen müssen, daß bei einer solchen Parole die in kräftem Widerspruch zu den ständigen Reden gewisser Führer steht, keinem Schaffenden zugemutet werden kann, sein Leben für die Partei mit solcher Führung einzusetzen.

Um die Aenderung dieser Zustände geht unser Kampf. Wir wissen aber, daß es eine größere Gefahr ist, wenn eine solche Partei mit einer unzulänglichen Führerschaft an die Macht kommt, weil sie an der Unfähigkeit ihrer „Köpfe“ zusammenbrechen wird. . . .

Der Kampf geht weiter. Allein in Groß-Berlin sollen annähernd 1000 Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen sein.

Eines ist sicher. Selbst dann, wenn es Herrn Hitler gelingt, unter Anwendung aller Machtmittel die Rebellion niederzurufen, bedeutet das Ereignis für ihn eine empfindliche Niederlage. Die Massen beginnen zu begreifen, welche Bewandnis es mit dem sagenhaften Dritten Reich hat. Gebrähen ist der Clan der Septemberwunden des Jahres 1930, es bleibt eine wirtschaftsfriedliche Partei mit gelbem Einschlag.

15. Tagung des Deutschen Arbeiterstenographenbundes.

Am 4. und 5. April 1931 fand im Volkshaus in Chemnitz der 15. Bundestag der Arbeiterstenographen statt.

Daß in der Arbeiterschaft die Bedeutung der Bildung immer mehr Anerkennung findet, zeigte der Besuch der Tagung. Etwa 300 Wirtschaftsmänner und Arbeiter waren die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Einen Mittelpunkt bildete die Heftrede des städtischen Erziehungsdirektors Studentent Grotzschke. W. W. Schröder, Chemnitz über „Die Kurzschrift im Bestreikungskampf des Proletariats“.

Das Hervorstechende der Tagung war der Vortrag des Genossen Wadnaja über „Die Einigungsbestrebungen der Arbeiterstenographen“. Unwiderlegbar wies er nach, daß der vor 35 Jahren gegründete Deutsche Arbeiterstenographenbund für Volksturkschrift die alleinige sozialistische Arbeiterorganisation ist, die die Kurzschrift als vereinfachte Volksturkschrift für das gesamte Volk verbreitet und fördert.

Bedauerlich ist darum die Gründung des Arbeiterstenographenverbandes, Sitz Dresden, der sich die Aufgabe stellt, die auf amtlichem Wege geschaffene Reichsturkschrift (genannt Einheitsstenographie) in Arbeiterkreisen zu pflegen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat aber kein Interesse daran, durch Förderung der Reichsturkschrift die Ständesvorrechte einer überlebten Klasse zu erhalten, die immer mehr als unverföhnliche Feindin der demokratischen Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes erkannt wird.

Nicht das Schriftsystem einer auf Autorität und Tradition ruhenden Klasse, sondern der Volksharakter einer Schrift muß dem Proletariat den Weg zur geistigen Freiheit bahnen. Dilem Gedankenangang entsprechend wurden weitere der Einigung dienende Verhandlungen eingestellt, um geschlossen die geistige Reaktion mit Erfolg zurückzudrängen und den Bildungseifer des Volkes zu fördern und zu betriebligen.

Die stenographische Ausstellung zeigte in mannigfacher Weise die Wichtigkeit der Kurzschrift und ihre praktische Verwendung im täglichen Leben. Ganz besonders machte die stenographische Typendruckerei die zahlreichen Besucher mit den einfachen Schriftzeichen der Volksturkschrift näher bekannt.

Die Kassenerhältnisse und die Mitgliederzahlen sind der Zeit entsprechend sehr befriedigend.

Die Wahlen vor Schluß der Tagung ergaben in der Hauptsache eine Fortführung der bisherigen Leitung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Ledervern.

Beitzel Berlin. Nach langen und schwierigen Verhandlungen wurde für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Pommern und Mecklenburg ein neues Lohnabkommen getätigt. Für die Zeit vom 10. April bis zum 30. Juni 1931 beträgt der Tariflohn für Berlin, Potsdam und Spandau 1,04 Mk. und vom 1. Juli bis zum 31. Januar 1932 1,03 Mk. Die Leistungszulagen ermäßigen sich ziffernmäßig um die jeweiligen Differenzen. Für die Städte Bernau, Brandenburg, Königswusterhausen, Ludenwalde, Oranienburg, Rathenow, Schwerin, Stettin, Strausberg und Werder beträgt der Lohn 95 Proz., für Beetzfel 90 Proz. und Belgard, Eberswalde, Güstrow, Jüterbog, Roskow, Stolp und Stralsund 85 Proz. des Berliner Lohnes.

Dresden-Ostschafen. Durch Vereinbarung der Parteien wurde der Tarifmindestlohn für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1931 auf 0,94 Mk. festgelegt. Die Löhne in der Dristklasse betragen 90 Proz.

Tapezierer.

Chemnitz. Vom 21. März bis zum 30. Juni 1931 beträgt der Tarifmindestlohn 1,04 Mk. Die Anforderungen müssen so bemessen sein, daß der Durchschnittsarbeiter mindestens 20 Proz. über dem Tariflohn verdient.

Deffau. Der Tarifmindestlohn beträgt ab 6. April 1931 1.— Mk.

Neumünster. Durch Vereinbarung der Parteien wurde der Tarifmindestlohn vom 1. April bis zum 30. September 1931 auf 1,05 Mk. festgelegt.

Württemberg-Hohenzollern. Durch Vereinbarung vom 2. April 1931 wurde der Lohn für das ganze Tarifgebiet für die Sattler- und Tapeziererhandwerksbetriebe für die Zeit vom 7. April bis zum 29. Februar 1932 neu festgelegt. Danach gelten folgende Löhne: Klasse I: Groß-Stuttgart 1,12 Mk. Klasse II: Gfilingen, Feuerbach, Friedrichshafen, Freudenstadt, Göppingen, Gmünd, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigsburg, Mergentheim, Ravensburg, Reutlingen, Schramberg, Tübingen, Ulm, Wülfbad, Juffenhäuser 1,07 Mk. Klasse III: alle übrigen Städte 1,02 Mk. Klasse IV: alle Landorte 0,97 Mk. Stint der Zuder um 6 Punkte unter den Märzindez, kann das Abkommen gekündigt werden.

Hamel. In den Stuhlfabriken sind die Kollegen ausgeperrt.

Kaiserslautern. In den Möbelabriken sind die Kollegen ausgeperrt. Die Orte bzw. Betriebe sind gelperrt.

Fahrzeugbranche.

München. Durch Vereinbarung wurde für das Karosseriegewerbe der Lohn vom 3. April bis zum 30. September 1931 auf 1,09 Mk. festgelegt.

Etto Jensen: **Erziehung zum politischen Denken.** C. Völsche Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin SW 30. Preis 85 Pf. Umfang 48 Seiten. Der Verfasser der Broschüre, der langjährige Leiter der sozialistischen Volkshochschule in Tübingen, in einer Vorrede, die die Bedeutung des politischen Bildungswesens für die Jugend der Arbeiterklasse, vor allem jener Tübingen, die theoretisches Wissen und praktische Arbeit in fruchtbarer Einheit einer marxistischen Politik verbinden.

Die Gemeinde. Salomonsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Sechste Ausgabe. Die Verleger der Buchreihe, die sich unter der Leitung von Prof. Dr. J. G. D. Tietz nach G. m. b. H., Berlin SW 65, Postfach 2, befinden.

Der Arbeiter und das Buch. In der Zeit vorangehenden Vorkommnisse ihrer Tätigkeitseinstellung bedürftig die Buchreihe, die sich unter der Leitung von Prof. Dr. J. G. D. Tietz nach G. m. b. H., Berlin SW 65, Postfach 2, befinden.

Neuerwerbungen im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Rosenstraße 44.

Mit 40 Jahren immer jünger werden. Die natürlichen Verjüngungsmittel für Mann und Frau. Von Frau Dr. Fritz Schöke und Dr. med. G. Wajst. Mit 16 Bildern auf Aufnahmestoffen. Preis nur 1,25 Mk.

Nierenkrankheiten. Ein ärztlicher Ratgeber zur Verhütung und Heilung. Die neuesten, wesentlich besseren Heilungsmöglichkeiten durch moderne Nierenbäder und erweiterte Behandlungsmethoden von Dr. med. G. Wajst, leitender Arzt der Anstalt für Nieren- und Stoffwechselfunktion in Baden-Baden. Mit 24 Bildern. Preis nur 2 Mk.

Durch Stoffwechsel gestört werden und Weib. Erprobte und bewährte Rezepte mit abwechslungsreicher Speisekarte und einer ärztlich beratenden Einführung nebst Diätvorschrift für Diabetiker. Von Dr. med. G. Wajst, leitender Arzt der Anstalt für Nieren- und Stoffwechselfunktion in Baden-Baden. Mit 24 Bildern.

Fachlehrbücher.

A. Für Sattler.

- Der Sattlerlehrling. Mit 84 Textabbildungen. Geb. 1,50
- Einzelumlegen. Mit 165 Abbildungen. Geb. 6,—
- Der Treibriemenstättler (Floh) 7,50
- Der Sattler als Wagen- und Autogarrierer. Von Paul Reibstahl. Zweite, erweiterte Auflage mit 260 Abbildungen und vielen Kalkulationen. Oktavformat 12,—

B. Für Tapezierer.

- Rationelles Polstern (Engelhardt) 6,—
- Der moderne Polsterer (Kloß Spindler) 10,—
- Herstellung von Kissenmöbeln (Wart. Müller) 4,50
- Das Nähen, Spannen und Belegen von festen Teppichen und Läufern (Karl Michä) 4,50
- Die Anfertigung von Auflegematrizen 2,—
- Bestellungen bei Bruno Engel, Berlin SO. 16, Michaelkirchstr. 14 II.

Um unnötige Vorkosten zu ersparen, ersuchen wir bei kleineren Objekten um vorherige Einblendung des Betrages.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 13. April bis 19. April ist der 16. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken:

- Eisenach: Franz, Walter, Sattler.
- Mannheim: Dallhammer, Fröh, Tapezierer; Kurz, Johann, Tapezierer; Weismüller, Basilius, Sattler; Häubler, Johann, Sattler; Gern, Johann, Sattler.

Verammlungskalender

Dresden. Am Mittwoch, dem 29. April, 19 Uhr, im Volkshaus, neuer Saal I: Quartalsversammlung. Großer Lichtbildvortrag: „Die Feuerbestattung im Wandel der Zeit.“ Referent: Kollege Raumann. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1931. Guten Besuch ermarlet Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Berlin. Am 24. März starb infolge Unfall unser Kollege, der Sattler Paul Heinrich, im Alter von 82 Jahren.
Am 25. März starb unser Kollege, der Tapezierer Emil Weußer, im Alter von 62 Jahren.
Kassel. Am 28. März starb unser Kollege, der Tapezierer Schenk, an einem Nierenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Wierzig Jahre Textilarbeiter-Verband. Am 28. März d. J. trat in Pöhhnet i. Th. der Beirat dieses Verbandes zu seiner fälligen Sitzung zusammen. In seinem Eröffnungsreferat kam der Verbandsvorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Genosse Schrader, auf die Zustände in der damaligen Zeit zurück. In Bernau bei Berlin betrug der Wochenverdienst der Weber im Quartalsdurchschnitt 7,85 Mk., bei den Frauen 5,60 Mk. Die Arbeiter wurden noch dadurch betrogen, daß in Bernau jedes Meter 120 Zentimeter maß. In Weizsig betrug die Arbeitszeit der Textilarbeiter durchschnittlich 11 Stunden pro Tag; Sonntagsarbeit war an der Tagesordnung. Garderoberräume, Kantinen oder Speisefäle waren unbekannt. Der Ehrenvorsitzende des Verbandes, Genosse Hübsch, der neben seinem Kollegen Ludwig schon der Gründungsstapung des Verbandes beigewohnt hat, schilderte die ersten Versuche, den Verband auf eine breitere Basis zu stellen. So bekamen sie von Forst i. L. auf ihre Aufforderung sich dem Verband anzuschließen, den Bescheid: Die Kollegen erklären: „Wir zahlen 20 Pf. Beitrag pro Monat in unseren Ortsverein und ihr wollt gleich einen ganzen Groschen pro Woche haben.“ Heute hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband 300 000 Mitglieder, überwacht die Lohn- und Arbeitsbedingungen und fordert weitere Verkürzung der Arbeitszeit. Am 1. April feierte Karl Schrader, Vorsitzender des Textilarbeiter-Verbandes sein 25jähriges Dienstjubiläum als hauptamtlicher Funktionär dieses Verbandes. Innermüßlich im Dienste seiner Organisation tätig, hat Genosse Schrader immer noch Zeit gefunden, sich auch den übrigen Zweigen der Arbeiterbewegung zu widmen.

Franz Scheffel 25 Jahre Verbandsvorsitzender. Am 16. April konnte der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Genosse Franz Scheffel, auf eine 25jährige Tätigkeit als Verbandsvorsitzender zurückblicken. Von Beruf Maschinist, hat sich Scheffel in früheren Jahren im Zentralverband der Heizer und Maschinisten in jeder Weise vorbildlich betätigt und wurde im Jahre 1906 zum Vorsitzenden dieses Verbandes gewählt. Im Jahre 1919 folgte er einem Ruf des mächtig aufstrebenden Eisenbahnerverbandes und übernahm dessen Leitung. Seit dem Jahre 1928 gehört Genosse Scheffel dem Deutschen Reichstag an.

Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe voran! Die Bücherreihe Gutenberg, die sich infolge ihres ausgedehnten literarischen Programms und ihrer vorbildlichen buchhändlerischen Arbeit ein lebhaftes allgemeines Interesse geliebert hat, ist jetzt dazu übergegangen, zusammen mit der für sie arbeitenden Buchdruckwerkstätte und den anderen Abteilungen im Buchdruckerhaus zu Berlin die 40-Stunden-Woche einzuführen. Die neue Arbeitszeit- und Lohnregelung, die den vom Buchdruckerverband gestellten und von den Unternehmern abgelehnten Forderungen entspricht, trat in der Woche nach Ostern in Kraft. Das technische Personal arbeitet fünf Tage in der Woche, das kaufmännische täglich sieben Stunden, Sonnabends fünf. Für die Urlaubszeiten wird der vor Infratritten der neuen Vereinbarung gezahlte volle Wochenlohn gewährt. Damit dieser Regelung werden 25 Neueinstellungen vorgenommen. Damit wird die vom gewerkschaftlicher Seite geforderte sozialpolitische Aktion in die Praxis umgesetzt und der Öffentlichkeit

gezeigt, daß die von den Vorkämpfern der privalkapitalistischen Wirtschaft oft geringschätzig behandelten oder gehässig geschmähten gemeinwirtschaftlichen Betriebe instand sind, auch auf diesem Gebiete bahndurchend voranzugehen.

Anschluß der Dachbeder an den Bauernverband. Während der Ostertage togte im Schulheim des Deutschen Bauernverbandes in Fangschleife am Berke der Dachbederverband. Nach eingehender Aussprache wurde mit 31 gegen eine Stimme der Anschluß an den Deutschen Bauernverband beschlossen. Die Verschmelzung soll bereits am 1. Juni vollzogen sein.

Rundschau

Wirtschaftskrise läßt die Selbstmordfälle ansteigen. In einer Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes von Baden zeigt Dr. Bogelgang den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskontunktur und Selbstmord. Der Zusammenbruch der kleineren und größeren Vermögen führte nach Abschluß der Inkassozzeit zu einer stark ansteigenden Selbstmordzahl. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1925/26 führte zu einem weiteren Ansteigen der Selbstmordfälle, die in Baden im Jahre 1926 den Vorkriegsstand überstiegen. Der Konjunkturaufstieg des Jahres 1927 brachte sofort ein starkes Absinken der Selbstmordfälle, die im nächsten Jahr nach Abschwächung der Konjunktur wieder ansteigen, um im Jahre 1929, als sich die Arbeitslosigkeit stark erhöhte, einen außerordentlich großen Umfang anzunehmen. Nirgendso besser als im Ablauf des Jahrzehnts der Nachkriegszeit — schreibt der Verfasser — sieht man, daß die Höhe der Selbstmordfälle in engstem Zusammenhang mit der jeweiligen Wirtschaftskontunktur steht.

Arbeitslosenunterstützung aus Einkommensteuern in Australien. Im australischen Bundesstaat Victoria ist Ende Dezember 1930 ein neues Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft getreten. Die Arbeitslosenunterstützung wird aus einer besonderen Einkommensteuer bestritten, die von Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 1040 Mk. abgeführt wird. Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 2800 Mk. nicht übersteigt, zahlen 10 Mk. pro 2000 Mk. Einkommen. Höhere Einkommen sind erhöhten Sätzen unterworfen. Einkommen in der Höhe von 40 000 Mk. und darüber hinaus zahlen 59 Mk. für je 2000 Mk. Einkommen. Außerdem wird für die Zwecke der Arbeitslosenunterstützung nach der Höhe der ausgezahlten Löhne und Gehälter eine Lohnsummensteuer erhoben. Außer dem Erlös sollen außer der Arbeitslosenunterstützung die Ansiedlung der Arbeitslosen auf Staatsgütern gefördert und Notstandsarbeiten vorgenommen werden.

Bücherschau

Sozialversicherung im not! Keine Zeit braucht eine gut ausgearbeitete Sozialversicherung dringender als die heutige Zeit der Wirtschaftskrise. Wissen und Auffassung über dieses Gebot verbreitet seit Jahrzehnten der Zentralverband der Angestellten, Berlin SO 36, Cranienstr. 40/41, durch die Herausgabe der in seinem Verlage bereits im 37. Jahrgang erscheinenden „Sozialistischen Zeitschrift“ für die gesamte Sozialversicherung.“ Preis vierteljährlich durch die Post 50 Pf. Zur literarischen benährte Redakteur kommen als Mitarbeiter zu Wort. Soeben ist Heft 7 dieser Salomonsschrift in einem Umfang von 24 Seiten erschienen.